

Erklärung zur Unabhängigkeit und Neutralität

Die Gebietskörperschaft / das Unternehmen in ausschließlich öffentlicher Trägerschaft

.....
(Name, im Folgenden: „Gebietskörperschaft“)

begehrt die Förderung externer Beratungsleistungen nach Nr. 3.3 der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0) vom 31.03.2023. Das beauftragte Beratungsunternehmen oder die beauftragte Beraterin / der beauftragte Berater (im Folgenden: „Beratungsunternehmen“), das im Rahmen des Bundesförderprogramms Leistungen erbringt, hat seine Unabhängigkeit und Neutralität vor Beginn der Beratungsleistungen gegenüber dem Zuwendungsempfänger zu versichern.

Das Beratungsunternehmen

.....
(Name, im Folgenden: „Beratungsunternehmen“)

sichert hiermit gegenüber der Gebietskörperschaft zu, aktuell und über die letzten zwei Jahre vor Abschluss des hier gegenständlichen Beratungsvertrages hinweg unabhängig und neutral gegenüber allen Telekommunikationsunternehmen (gewesen) zu sein. Das Beratungsunternehmen und das Management stehen und standen in diesem Zeitraum in keinem vertraglichen, verwandtschaftlichen oder sonstigen Abhängigkeitsverhältnis mit Telekommunikationsunternehmen und deren Management oder anderen Personen oder Organisationen, die potenziell zu Interessenkonflikten bei den angebotenen Dienstleistungen führen und das Beratungsergebnis beeinflussen können.

Diese Zusicherung erstreckt sich insbesondere auch auf all diejenigen Angestellten des Unternehmens, die wesentliche Anteile der Beratungsleistung erbringen oder Einfluss auf diese haben sowie auf externe Hilfspersonen, denen sich das Beratungsunternehmen zur Erfüllung seiner Beratungsleistung bedient (vgl. Nr. 2.1 BNBest-Beratung).

.....
(Datum, Unterschrift Beratungsunternehmen sowie ggf. Unternehmensstempel, Vorname und Name des Unterzeichnenden in Druckbuchstaben)

Soweit es sich beim Beratungsunternehmen nicht um ein Einzelunternehmen handelt, hat die Projektleitung für die hier gegenständlichen Beratungsleistungen zusätzlich folgende Erklärung abzugeben:

Die Projektleitung

.....
(Vorname und Name in Druckbuchstaben, im Folgenden: „Projektleitung“)

sichert hiermit gegenüber der Gebietskörperschaft zu, aktuell und über die letzten zwei Jahre vor Abschluss des hier gegenständlichen Beratungsvertrages hinweg unabhängig und neutral gegenüber allen Telekommunikationsunternehmen (gewesen) zu sein. Die Projektleitung steht und stand in diesem

Zeitraum in keinem vertraglichen, verwandtschaftlichen oder sonstigen Abhängigkeitsverhältnis mit Telekommunikationsunternehmen und deren Management oder anderen Personen oder Organisationen, die potenziell zu Interessenkonflikten bei den angebotenen Dienstleistungen führen und das Beratungsergebnis beeinflussen können.

.....
(Datum, Unterschrift Projektleitung)

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Verantwortlicher

Ansprechpartner und Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV):

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Kapelle-Ufer 4
10117 Berlin
Telefon: +49 69 9585-0

Für Fragen zum Datenschutz, sowie zur Geltendmachung Ihrer datenschutzrechtlichen Rechte auf Auskunft, Löschung bzw. Sperrung und Berichtigung können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten wenden, per E-Mail an DE_Datenschutz@pwc.com oder postalisch an

PricewaterhouseCoopers GmbH WPG
Dr. Tobias Gräber, Datenschutzbeauftragter
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

2. Datenverarbeitung

Im Rahmen der Antragstellung ist die Prüfung Ihrer Neutralität und Unabhängigkeit als Beratungsunternehmen bzw. Projektleitung erforderlich. Hierzu werden personenbezogene Angaben von Ihnen erhoben und verarbeitet. Die Angabe Ihres Namens, Vornamens ist dabei notwendig zum Zwecke der Verifizierung Ihrer Angaben.

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Prüfung von Beratungsleistungsförderprojekten des Bundes gemäß der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0) vom 31.03.2023 genutzt. Im Rahmen der Prüfung und Entscheidung werden die Anträge einschließlich Ihrer Angaben an die PricewaterhouseCoopers GmbH WPG als zuständiger Projektträger des Gigabitausbauförderprogramms des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) sowie an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zum Zweck der Nachprüfung der Bewilligungsentscheidung übermittelt. Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit § 3 BDSG, §§ 23, 44 BHO, Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 sowie der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „graue Flecken“ (Gigabit-Rahmenregelung), die am 13.11.2020 von der EU-Kommission genehmigt wurde.

3. Weitergabe der Daten

Im Rahmen der Projektträgerschaft hat die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Administration der Förderprojekte Nachunternehmer eingesetzt, welche die erhobenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Förderantragsbearbeitung, Antragsbewilligung und Fördermittelabrechnung bearbeiten. Hierbei handelt es sich um die Auftragnehmer

VDI/VDE Innovation + Technik GmbH, Steinplatz 1, 10623 Berlin und
TÜV Rheinland Consulting GmbH, Am Grauen Stein, 51105 Köln.

Ansonsten erfolgt eine Weitergabe der von uns erhobenen Daten grundsätzlich nur, wenn:

- Sie Ihre ausdrückliche Einwilligung dazu gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO erteilt haben,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse am Unterbleiben der Weitergabe der Daten besteht,
- wir nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO zur Weitergabe gesetzlich verpflichtet sind,
- dies zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO erforderlich ist oder
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen mit Ihnen oder für die Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen.

Ein Teil der in dieser Datenschutzerklärung beschriebenen Datenverarbeitung kann durch unsere Dienstleister erfolgen. Neben den in dieser Datenschutzerklärung erwähnten Dienstleistern können auch weitere Dienstleister in Frage kommen. Hierzu gehören insbesondere Rechenzentren, die unsere Website und Datenbanken speichern oder IT- Dienstleister, die unsere Systeme warten. Sofern wir Daten an unsere Dienstleister weitergeben, dürfen diese die Daten ausschließlich zur Erfüllung ihrer Aufgaben verwenden. Die Dienstleister wurden von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt. Sie sind vertraglich an unsere Weisungen gebunden, verfügen über geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Rechte der betroffenen Personen, gewährleisten ein angemessenes Datenschutzniveau und werden von uns sorgfältig kontrolliert.

Darüber hinaus kann eine Weitergabe in Zusammenhang mit behördlichen Anfragen, Gerichtsbeschlüssen und Rechtsverfahren erfolgen, wenn es für die Rechtsverfolgung oder -durchsetzung erforderlich ist.

4. Aufbewahrung

Die Angaben werden im Fall der Bewilligung für die Dauer von sieben Jahren nach Abschluss eines jeweiligen Verfahrens gespeichert. Rechtsgrundlage für diese Aufbewahrung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit den Vorschriften über die Archivierung von Schriftgut der Projektträger des BMBF. Auch im Fall einer ablehnenden Bescheidung ist aus Gründen der Finanzkontrolle durch

den Bundesrechnungshof eine längerfristige Aufbewahrung der Antragsunterlagen erforderlich. Die Anträge werden in diesem Fall in vollständiger Form für die Dauer von fünf Jahren nach Ablehnung gespeichert. Rechtsgrundlage für diese Aufbewahrung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit §§ 88, 95 BHO.

5. Ihre Rechte

Ihnen steht jederzeit das Recht zu, Auskunft über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu verlangen. Wir werden Ihnen im Rahmen der Auskunftserteilung die Datenverarbeitung erläutern und eine Übersicht der über Ihre Person gespeicherten Daten zur Verfügung stellen.

Falls bei uns gespeicherte Daten falsch oder nicht mehr aktuell sein sollten, haben Sie das Recht, diese Daten berichtigen zu lassen.

Sie können außerdem die Löschung Ihrer Daten verlangen. Sollte die Löschung aufgrund anderer Rechtsvorschriften ausnahmsweise nicht möglich sein, werden die Daten gesperrt, so dass sie nur noch für diesen gesetzlichen Zweck verfügbar sind.

Sie können die Verarbeitung Ihrer Daten außerdem einschränken lassen, z.B. wenn Sie der Auffassung sind, dass die von uns gespeicherten Daten nicht korrekt sind. Ihnen steht auch das Recht auf Datenübertragbarkeit zu, d.h. dass wir Ihnen auf Wunsch eine digitale Kopie der von Ihnen bereitgestellten personenbezogenen Daten zukommen lassen.

Sie haben auch das Recht nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden.

Um Ihre hier beschriebenen Rechte geltend zu machen, können Sie sich jederzeit an die oben genannten Kontaktdaten wenden. Dies gilt auch, sofern Sie Kopien von Garantien zum Nachweis eines angemessenen Datenschutzniveaus erhalten möchten.

Außerdem haben Sie ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht. Sie haben gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO das Recht, eine einmal erteilte Einwilligung jederzeit uns gegenüber zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Soweit wir Ihre Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeiten, haben Sie gemäß Art. 21 DSGVO das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten einzulegen und uns Gründe zu nennen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben und die Ihrer Meinung nach für ein Überwiegen Ihrer schutzwürdigen Interessen sprechen. Geht es um einen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung zu Zwecken der Direktwerbung haben Sie ein generelles Widerspruchsrecht, das auch ohne die Angabe von Gründen von uns umgesetzt wird.

Möchten Sie von Ihrem Widerrufs- oder Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine formlose Mitteilung an die oben genannten Kontaktdaten.

.....
(Datum, Unterschrift Beratungsunternehmen sowie ggf. Unternehmensstempel, Vorname und Name des Unterzeichnenden in Druckbuchstaben)

(Datum, Unterschrift Projektleitung)